

Dresdner Volkszeitung

Redaktion: Dresden
Haben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Banffont: Schö. Staatsbuch, Dresden.
Bau der Arbeiter, Anwalten
und Beamten, R.-G. Dresden.
Gebrüder Kirschholz, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Umtshaupmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Bürgern irgendwelcher Art in es durch eine Einführung ihrer Gewalten, hat der Besitzer der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Beitrages oder auf Abschaffung der Zeitung.

Gebührenfrei einheitliches Springtakto mit der täglich Unterhaltungszeitung "Stern", "Welt", "Kunst", anderem "Volk und Welt", monatlich 240 Pf. ab dem 1. August. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm: Adressen: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Bettinerweg 10, Fernsprecher Nr. 2521. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerweg 10, Fernsprecher Nr. 2521 und 1270. Geschäftsstunde von 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnement: 90 min breite Monopartie, die 30 min breite Monopartie, die 90 min breite Monopartie, die 200 Pf. für ausländische Abonnenten 40 Pf. und 250 Pf. Sonderabonnementen. Telefon- und Telegrafen 40 Pf. Rabatt für Telefondienstleistung 10 Pf.

Nr. 185

Dresden, Donnerstag den 9. August 1928

39. Jahrg.

Raditsch gestorben

Hochspannung in Agram

Wie aus Agram gemeldet wird, ist dort Stefan Raditsch gestorben, ohne das Bewusstsein wieder erlangt zu haben.

Mit dem Tode des kroatischen Bauernführers ist ein Ereignis eingetreten, um dessen Verhüllung die Freunde der süßlowänischen Einheit viel gegeben hätten. Denn der tote Raditsch wird den Hass der kroatischen und der slowenischen Opposition gegen das Belgrader Regime mindestens so hoch auflammen lassen, wie vorher der lebende, und die Schüsse, die der Abgeordnete Raditsch im Belgrader Parlament gegen die Oppositionsbänke feuerte, werden jetzt erst in ihrer ganzen wahrnehmenden Sinnlosigkeit sichtbar werden. Stefan Raditsch ist das dritte Todesopfer dieser parlamentarischen Schießerei. Ferner starben Paul Raditsch, der Vetter des Bauernführers, und der Abgeordnete Baskaritsch.

Stefan Raditsch war einer der populärsten, aber auch einer der wütigsten unter den Volksführern der Gegenwart. Er studierte an europäischen Universitäten, stürzte sich nach Abschluss seiner Studien in die Politik seiner Heimat, war ein Agitator des Pan-Slawismus, galt aber im alten Österreich als lange Zeit als Anhänger der Habsburger und übertrug die Machtspartei ins Kroatische. In seiner Person vereinigten sich mancherlei Gegenseite, in seinem Stoffe gingen mancherlei Widerprüche zusammen. Nach dem Weltkriege fokussierte er mit dem Pan-Slawismus und befürwortete ihn gleichzeitig. Stritt mit Groß-Kroatien und wandte sich gleichzeitig gegen die Vereinigung der Süßlowän in der SSSR. Die Kroaten, Slowenen und Serben gleichzeitig umfasste. Er saß viel im Gefängnis und hat für seine Leidenschaft, die manchem Beobachter etwas sprunghaft und wedelhaft vorkommen möchte, verächtliche Opfer gebracht, die ihn bei den Kroaten und Slowenen zum populärsten Manne machten. Dazu kommt seine rednerische Fertigkeit. Er konnte ein eindrucksvoller Demagogie sein und machte von dieser Fähigkeit nicht selten Gebrauch. Um die Förderung Süßlowäns durchzuführen, suchte er sogar englische Hilfe, und noch in seinen letzten Tagen drohte seine Partei mit einer Anlehnung an den italienischen faschismus, den großen Feind der Süßlowän. Nach den Wahlen von 1925 hielten es die Belgrader Zentralgewalten für geraten, ihn und einige seiner Parteifreunde in das

Kabinett Raditsch zu übernehmen. Mit dem Sturz Raditsch' bekam Raditsch die Arme wieder frei und führte seitdem die kroatische Bauernopposition gegen die Altserben.

Sein Tod wird die Gegenseite, die Süßlowän zu zerreißen drohen, verschärfen. Laut Blättermeldungen haben der Obergespan der Provinz Kroatien-Slowenien, also einer der höchsten von der Belgrader Regierung in Kroatien eingesetzten Beamten, und der Polizeichef von Agram ihre Amtswiderrichtung niedergelegt. Sie wollen damit protestieren gegen die Maßnahmen, die von Belgrad für den Fall von Unruhen in Agram geplant werden. Wie in unseren Spalten schon dargelegt wurde, gäbe es für die Belgrader Regierung eine Möglichkeit, die Lage sofort zu entspannen und zu entgiften: durch Auflösung des Parlaments und demokratische Neuwahlen, mit denen die jugoslawischen Völker ihr Potenzial ohne Druck, Terror und Mauerkorb abgeben können. Aber dazu scheint den altherbigen Diktatoren die Einsicht und die Entschlusskraft zu fehlen.

Die Trauer in Agram

mit Budapest, 8. August. Es dauerte länger als eine Stunde, bis die Nachricht in den Hotel- und Kaffeehäusern bekannt wurde. In Agram wurden die öffentlichen Lokale sofort verlassen. Die musikalischen Darbietungen wurden eingestellt und die öffentlichen Vorlesungen in den Theatern sofort unterbrochen. In Agram herrscht Totale Ruhe. Sämtliche Postämter sind geschlossen. In Belgrad wurden Extraausgaben der Blätter herausgegeben, und das Publikum umstand in großer Scharen die Redaktionen der Zeitungen, um Neugkeiten zu erfahren. Zu Ruhestörungen ist es nicht gekommen.

Belgrader Maßnahmen

8. Belgrad, 8. August. (Sig. Drath.) Wie aus Agram berichtet wird, behauptet die dortige Presse, Ministerpräsident Karadžić plante, die Staatspolizei in Agram aufzulösen und durch Gendarmerie zu ersetzen. Das Blatt berichtet, daß das Agramer Gendarmeriekommmando sich bereits im Besitz einer ihm aus Belgrad zugegangenen, streng geheim zu haltenden Liste befindet, auf der eine Anzahl angekenneter Agramer Persönlichkeiten verzeichnet seien, die verhaftet werden sollen.

Umschlag auf die Demokratie

Wie der Lutherbund sich die „Erneuerung des Reiches“ denkt!

Der „Bund für Erneuerung des Reiches“, den der Reichsführer a. D. Dr. Luther im Januar gründete, hat Zeitsätze aufgestellt, die Ende September der Öffentlichkeit übergeben werden sollten. Diese Zeitsätze sind vorzeitig von der Deutschen Zeitung veröffentlicht worden. Ihr Inhalt ist:

Die gescheiterlichen und Verwaltungsaufgaben Grenzen werden auf das Reich übertragen, an Stelle von Staatsregierung und Landtag treten Reichspräsident, Reichsregierung und Reichstag. Mit dem neuen Reichsrat und werden die folgenden Länder verbunden: Preußen, beide Westfalen, Oldenburg, Thüringen, Anhalt, Braunschweig, Hannover, Bremen, Lübeck, Lippe und Schaumburg-Lippe. Das neue Reich wird entsprechend der Einteilung Preußens in Provinzen, in Reichslandprovinzen aufgeteilt. Die Reiter der Provinzen werden vom Reichspräsidenten ernannt. Es wird ein Staatsrat des Reichslandes gebildet, der bei allen Regierungsangelegenheiten des Reichslandes betreut, zu hören ist und dem einflußreichsten Reichsminister gegenübersteht. Für die Gesamtheit des Reichslandes wird als Unterabteilung des Reichsstaats ein Haushalt von aufgestellt.

Dieser Plan bedeutet die Zerschlagung Preußens, die Konkurrenz von Sachsen, Baden, Württemberg und Bayern. Preußen soll seine Selbstständigkeit als Land aufgeben, damit die Selbstständigkeit der süddeutschen Länder um so sicherer gewahrt bleibt. Eine Aufzeichnung der Mainlinie, eine Stärkung und Bereinigung des süddeutschen Partikularismus müßte die Folge sein.

Dieser Plan enthält staatsrechtliche Ungebührlichkeiten. Der Reichstag, der fortan die Gesetzesgebung und die Kontrolle der Verwaltung über die ehemaligen Provinzen haben soll, wird von allen süddeutschen Wählern — auch von den Süddeutschen — gewählt. In den Provinzen würden also die Wähler aus Sachsen, Baden, Württemberg und Bayern über die Verwaltung Preußens haben, wie es nicht gemacht werden kann und darf.

mitzubestimmen haben, während den Wählern in dem ehemaligen preußischen Staatsgebiet ein solches Wahlbestimmungsrecht über die Verwaltung der süddeutschen Länder nicht zu stehen würde. Besonders im Hinblick auf die Finanzvergabe ist dieser Plan geradezu grotesk. Die süddeutschen Länder würden im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes eine gewisse finanzielle Selbstständigkeit behalten, während die Verwaltung des ehemaligen preußischen Staatsgebietes unter die absolute Kontrolle des gesamten Reiches kommen würde.

Betrachtet man diesen Plan nicht nur unter staatsrechtlichem, sondern auch unter politischem Gesichtspunkt, so muß sofort der Verdacht entstehen, daß hier die Absicht vorliegt, in der Einheit Preußens das letzte Vollwert der Demokratie und der Reichseinheit zu treffen und die Sache der deutschen Demokratie zu schwächen. Die starke Ablehnung, die der Luther-Bund bei seiner Gründung in der Sozialdemokratischen Partei und bei der breitenden Regierung erhielt, wird durch diese farnotische Zeitschrift gerechtfertigt. Die breitende Regierung und mit ihr die Sozialdemokratische Partei hält fest an dem Standpunkt, daß die Schaffung des Einheitsreiches durch das Aufgeben der Länder im Reich nur durch eine gleichzeitige Willenserklärung aller Länder erfolgen kann. Sie lehnen es strikt ab, daß Preußen seine Selbstständigkeit als Land aufgibt, damit die süddeutschen Länder sich danach erst recht an ihre Selbstständigkeit flammern können. Solange die Voraussetzung für eine gleichzeitige Willenserklärung nicht gegeben sind, bleiben nur die vorbereitenden Maßnahmen der Ausdehnung der Reichsvollmacht, der Anzahl lebensunfähiger Länder an größere Länder. Ersthaft müßte die Frage geklärt werden, ob das System der Reichszwölfe an lebensfähige Länder noch aufrechterhalten werden kann.

Soviel sich überblenden läßt, werden die Zeitsätze des Luther-Bundes fast ausnahmslos bei allen Parteirichtungen abgelehnt. Sie werden eine rein akademische Arbeit bleiben, die nur den Wert haben wird, genutzt zu werden, wie es nicht gemacht werden kann und darf.

Auffüllung

D. Sozialistische Politik ist mühselige Aufarbeitung von Stappe zu Stappe. Aber so mühselig sie auch sein mag, so sicher steht der Aufstieg der proletarischen Bewegung fest, und der Sozialistische Arbeiterkongress in Brüssel ist lebendiger Zeuge dafür.

Brüssel. An was erinnert das alles? An die deutschen Handwerksburgen, die, in der Heimat von den Schergen Metternichs verfolgt, Westeuropa und die Schweiz eroberten, die in Brüssel, in Paris und in Zürich die erste Runde vom Sozialismus erhielten und dann, mit Wilhelm Weidlings Flugschriften im Ranzen, der deutschen Grenze zuwanderten, um in Deutschland die Köpfe der Schneider- und Zigarettenmachergefechten zu revolutionieren. An die ganze Geschichte des modernen Sozialismus von Karl Marx bis Friedrich Ebert und alle die Männer und Frauen der gegenwärtigen Generation.

Der Sozialistische der Handwerksburgen war Utopie. Sie meinten, das Rezept für die Umgestaltung der Welt in wenigen Tagen in ihrem Ranzen zu tragen. Die ersten Formulierungen von Marx waren Wissenschaft, die nur ein kleiner Kreis von Arbeitern verstand. Doch Wirtschaft und Politik revolutionierten die Arbeit. Die Frontarbeit von früh bis spät, der Zwang der Entehrung aller Kulturgüter, der Nebenmut der Kapitalistenklasse in der Zeit, als es nemuswerte Arbeiterorganisationen noch nicht gab, ließ die Arbeitermassen erkennen, daß gegenüber der Riesenmacht der Kapitalistenklasse nur der organisierte Massenwillen bestehen könnte, und ließ sie auch die Mahnung des Kommunistischen Manifests begreifen, die die Proletarier aller Länder aufrief, sich zu vereinigen. So wuchsen die Organisationen, die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien, und als die Arbeitermassen immer mehr mit den Gedankengängen des wissenschaftlichen Sozialismus vertraut waren, da stand die Sozialistische Internationale.

Befürchtet und gehabt. Befürchtet, weil die herrschende Klasse erfand, welche Gefahr für ihre politischen und wirtschaftlichen Privilegien die großen proletarischen Organisationen bedeuteten. Geahnt, weil mit den Missionen, die die Solidarität der Menschheit auf ihre roten Fahnen geschrieben hatten, eine neue Welt heraufzog, die um des eigenen Lebens willen die Vorherrschaft aller alten Gewalten zertrümmern mußte. Angst und Hoffnung waren es denn auch, die die Arbeiterbewegung der Welt unter Ausnahme erreicht stellten.

Die letzten Jahrzehnte haben den Kapitalismus und die Staatsgewalten der alten Herrschaftszeit so oft in ohnmächtiger Position gezeigt, daß sie den Sozialismus nicht mehr zu schaden könnten und Schritt für Schritt vor ihm zurückweichen mußten. Unter dem Druck der Arbeiterbewegung erhielt die Arbeiterklasse die politische Freiheit. Unter dem Druck der Arbeiterbewegung schufen Regierungen und Parlamente soziale Gesetze. Unter dem Druck der Arbeiterbewegung wurden die Unternehmer zur tariflichen Regelung der Löhne und der Arbeitszeit gezwungen. Unter dem Druck der Arbeiterbewegung wurde die Willkürherrschaft des bürgerlichen Staates und des Unternehmers zerstört und ihnen die Arbeiterklasse als Machtfactor gegenübergestellt.

Der Sozialistische Arbeiterkongress in Brüssel zeigt diesen Umstiegung der Dinge mit aller Klarheit. Das Sozialistische, je nach den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in den einzelnen Ländern, wichtige Staatsmänner befreiden, ist Selbstverständlichkeit geworden. Das Sozialistische in den entscheidenden weltpolitischen Situationen der letzten Jahre den Weltstaaten die Richtung gezeigt haben, ist geschichtliche Tatfrage, und wenn der frühere belgische Minister Baudouin de la Motte auf dem Internationalen Sozialistischen Kongress in Brüssel aus dem Stelloog-Vortrag die Notwendigkeit der schleunigen Räumung des Rheinlandes von der Besatzung folgert, so ist das eine Argumentierung, die weltpolitische Bedeutung hat.

Stärker als auf allen bisherigen sozialistischen Konventionen tritt in Brüssel der feste Willen zum Verbinden der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse in den einzelnen Ländern, wichtige Staatsmänner befreiden, ist Selbstverständlichkeit geworden. Das Sozialistische in den entscheidenden weltpolitischen Situationen der letzten Jahre den Weltstaaten die Richtung gezeigt haben, ist geschichtliche Tatfrage, und wenn der frühere belgische Minister Baudouin de la Motte auf dem Internationalen Sozialistischen Kongress in Brüssel aus dem Stelloog-Vortrag die Notwendigkeit der schleunigen Räumung des Rheinlandes von der Besatzung folgert, so ist das eine Argumentierung, die weltpolitische Bedeutung hat.

Aber in Brüssel denkt man nicht nur an die Macht der sozialistischen Organisationen in Staat und Wirtschaft. Man denkt auch an die Menschen, die die sozialistische Gesellschaft aufzubauen sollen. Jugend mit roten Fahnen begrüßt die Delegierten. Jugend mit roten Fahnen, wie sie in Dortmund